Herrn Bürgermeister
Christoph Tesche

Im Hause

ma/pa/di 25.02.2025

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Tesche,

namens der SPD-Fraktion bitte ich Sie, die nachfolgende Anfrage zur mutmaßlich illegalen Entsorgung von asbestverseuchtem Boden, die der Bernemann GmbH und/oder ihren Tochtergesellschaften und Beteiligungen vorgeworfen wird, mit in die Tagesordnung der Ratssitzung am 10. März 2025 aufnehmen und beantworten zu lassen.

Anfrage

1. Auftragsvergabe und Beteiligung an städtischen Projekten

a) Welche städtischen Aufträge oder Aufträge städtischer Gesellschaften hat die Bernemann GmbH in den vergangenen zehn Jahren erhalten?

b) Nach welchen Kriterien werden Aufträge an die Bernemann GmbH oder andere private Unternehmen vergeben, um illegaler Entsorgung entgegenzuwirken?

c) Inwiefern wurde bei der Vergabe von Aufträgen an die Bernemann GmbH geprüft, ob Interessenkonflikte bestehen könnten, insbesondere im Hinblick auf die politische Tätigkeit eines der Geschäftsführer?

d) Gab es in der Vergangenheit Hinweise oder Beschwerden über Verstöße gegen Vergaberichtlinien im Zusammenhang mit der Bernemann GmbH?

2. Umwelt- und Entsorgungspraktiken

a. Welche Kenntnisse hat die Stadtverwaltung über die Vorwürfe der illegalen Entsorgung von asbestverseuchtem Boden durch die Bernemann GmbH?

b. Gibt es Hinweise oder Belege dafür, dass Flächen im Stadtgebiet von Recklinghausen von illegalen Ablagerungen betroffen sein könnten?

c. Gibt es Hinweise oder Belege dafür, dass Bauprojekte der Stadt betroffen sein könnten?

d. Falls ja, welche Maßnahmen wurden bzw. werden zur Untersuchung und gegebenenfalls Sanierung dieser Flächen ergriffen?

e. Ist der Stadtverwaltung bekannt, ob die betroffenen Flächen im Zusammenhang mit Umwelt- oder Artenschutzprojekten stehen? Welche Auswirkungen hätte eine Kontamination auf solche Projekte?

f. Inwiefern kooperiert die Stadt Recklinghausen mit der Kreisverwaltung oder anderen zuständigen Stellen zur Klärung des Sachverhalts?

g. Welche Maßnahmen wurden ergriffen, um festzustellen, ob Standorte im Stadtgebiet möglicherweise von unsachgemäßer Entsorgung betroffen sein könnten?

h. Gibt es Aufzeichnungen oder Prüfberichte zu den Entsorgungspraktiken der Bernemann GmbH in den letzten Jahren? Falls ja, welche Erkenntnisse ergeben sich daraus?

i. Wurden bereits an weiteren Baustellen der Bernemann GmbH im Stadtgebiet Proben zur Untersuchung des mutmaßlich belasteten Bodens genommen, und welche Ergebnisse liegen dazu vor?

j. Welche Kosten könnten durch mögliche Sanierungsmaßnahmen entstehen, und wer trägt die finanzielle Verantwortung dafür?

3. Transparenz und politische Verantwortung

a. Welche Mechanismen und Regelungen bestehen aktuell, um Interessenkonflikte zwischen politischem Engagement und wirtschaftlicher Betätigung von Ratsmitgliedern zu vermeiden?

b. Welche Maßnahmen ergreift die Stadtverwaltung, um sicherzustellen, dass Unternehmen mit städtischen Aufträgen umwelt- und rechtskonform handeln?

4. Aktuelle Bauvorhaben der Bernemann Gesellschaften im Stadtgebiet

a. Sind die Bauprojekte und Bauvorhaben der Bernemann Gesellschaften in Recklinghausen in ihrer Realisierung gefährdet?

b. Werden die Arbeiten am ehemaligen Kufus-Gebäude fortgesetzt bzw. ist das Bauprojekt insgesamt gefährdet?

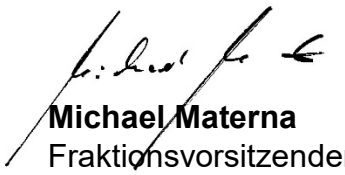
Begründung:

Die Bernemann GmbH ist als Tiefbauunternehmen sowohl als Auftragnehmer für öffentliche Projekte als auch als privater Bauträger im Stadtgebiet tätig. Die aktuellen Vorwürfe der illegalen Entsorgung von asbestverseuchtem Boden werfen gravierende Fragen zur Einhaltung von Umweltstandards und zur Integrität der Unternehmensführung auf. Sollte sich der Verdacht bestätigen, könnte dies

erhebliche gesundheitliche und ökologische Folgen haben. Eine sorgfältige Untersuchung und transparente Aufarbeitung sind daher unerlässlich.

Zudem besteht aufgrund der politischen Tätigkeit eines der Geschäftsführer die Notwendigkeit, die Transparenz und Unabhängigkeit politischer Entscheidungsprozesse zu überprüfen. Es ist wichtig sicherzustellen, dass öffentliche Aufträge stets im Einklang mit den geltenden Vorschriften und ohne mögliche Einflussnahme vergeben werden. Schließlich stellt sich die Frage, welche präventiven Maßnahmen ergriffen werden müssen, um ähnliche Fälle in Zukunft zu vermeiden.

Mit freundlichen Grüßen



Michael Materna
Fraktionsvorsitzender